

Franz Rohrmoser

Gemeinwesenarbeit und Projekte in der bäuerlichen Entwicklungsarbeit am Beispiel der Österreichischen Bergbauernvereinigung in den 70er Jahren

Bereits der Gründungsprozess der Bergbauernvereinigung war Teil einer sehr politischen Gemeinwesenarbeit

Die Vorbereitungen zur Gründung der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV) begannen 1973 auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite hat der damalige Leiter der Bergbauernabteilung in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Franz Stummer, die Gründung der Bergbauernvereinigung geplant. Er hat mit Rechtsanwalt Haindl in Wien damit begonnen, ein Statut für einen diesbezüglichen Verein auszuarbeiten. Franz Stummer war in seiner Bergbauernabteilung der Kammer sehr frustriert. Er war in seinem Büro der Landesvertretung für Bergbauern zuständig, für diese wurde aber in der Realität wenig getan. Die gut gestellten Bauern, sagte er, „haben sich die Politik gerichtet“ und sie haben die Politik zugunsten ihrer eigenen Interessen beeinflusst. Die schwächeren Bauern, darunter vor allem die Bergbauern, wurden dabei in vielen Punkten benachteiligt.

Zur gleichen Zeit, völlig unabhängig davon, hatten wir in einem Programm der Kath. Landjugend, ausgehend von Salzburg, einen Bildungsprozess mit kritischen und unzufriedenen Bauern quer durch Österreich in die Wege geleitet. Wir versuchten in einem „Projekt Land“ die damals bekannt gewordenen neuen Methoden der „Beteiligung der Betroffenen“, also Formen der Gemeinwesenarbeit, in der Bewegung umzusetzen. Ich war zu dem Zeitpunkt Sekretär der Kath. Landjugend in Salzburg und gleichzeitig einer der Vorsitzenden in der Kath. Landjugend Österreichs. Auf Österreichebene war ich zuständig für den agrarpolitischen Bereich und für Kontakte zu den europäischen Bewegungen. Wir waren auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis. In diesem Suchprozess nach neuen Orientierungen, der im nächsten Abschnitt näher beschrieben wird, kamen wir zum Ansatz der Gemeinwesenarbeit und dies hatte auch einen wesentlichen Einfluss auf die Gründung der Bergbauernvereinigung.

Im September 1973 kam es dann durch Vermittlung von Peter Gruber von der Kath. Sozialakademie in deren Büroräumen in der Schottengasse in Wien zu einem Kontakt zwischen dem Leiter der Bergbauernabteilung in der Präsidentenkonferenz, Franz Stummer und uns als Vertreter der Landjugend Salzburg. Gemeinsam mit mir war im Auftrag der Landjugend unser wissenschaftlicher Begleiter, der Politologe Walter Tausch, in Wien bei dieser Begegnung. Dabei kam es rasch zwischen Franz Stummer und uns zu einer konkreten Vereinbarung zur gemeinsamen Gründung der

Bergbauernvereinigung. Für die Planung der konkreten Schritte dieses Vorhabens wurde gleich ein weiteres Treffen vereinbart. Es kam zu einer Aufgabenteilung: Wir von der Landjugend versuchten unsere Leute und unseren Bildungsprozess von unten einzubringen und Franz Stummer brachte von Anfang an seine politische Erfahrung, seinen Zugang und seinen Einfluss zu den Ebenen in der zentralen Politik für die Bewegung von oben ein.

Die Rolle der Landjugend war es nun im speziellen, unseren Zugang zu kritischen, mutigen Bäuerinnen und Bauern einzubringen, die zu unkonventionellen Schritten bereit waren und Interesse hatten, etwas Neues zu machen. Genauso wesentlich war das Einbringen unseres Ansatzes einer selbstbestimmten Bewegung von unten. Zusätzlich stellte die Kath. Sozialakademie ihre Absolventenkartei im Ländlichen Raum zur Verfügung und motivierte einige ihrer Absolventen zum Mitmachen an der Gründung der geplanten Vereinigung. Von vorneherein war klar, dass die neue Bewegung nicht ein Teil der Landjugend sein kann, sondern dass die Landjugend und die Sozialakademie ihre Ressourcen zur Gründung einer neuen, eigenständigen Organisation zur Verfügung stellen.

Konkret wurde dann vereinbart, dass die Landjugend bereits im Dezember 1973 ein sechstägiges Seminar veranstaltet, zu dem gut vorgebildete Funktionäre der Landjugend sowie Absolventen der Sozialakademie als Gründungsmitglieder für die Bergbauernvereinigung eingeladen werden. Im Seminar sollte dann sowohl die inhaltliche Vorbereitung als auch die Gründung selbst erfolgen. Ich selbst verstand diesen Vorgang als willkommene Möglichkeit, mich von der kirchlichen Landjugend zu verabschieden und in einem eigenständigen politischen Prozess einen Neubeginn zu starten. Ich kündigte mein kirchliches Dienstverhältnis in Salzburg, bevor im neuen Bereich überhaupt eine berufliche Sicherheit vorhanden war. Das bedeutete Risiko.

Ich begann eine Rundreise durch Österreich und besuchte mögliche Gründungskandidaten aus dem Bereich der Landjugend und aus dem Bereich der Sozialakademie. Nach Gesprächen lud ich die Interessierten persönlich zum Gründungsseminar im Bundesheim für Erwachsenenbildung/St. Wolfgang vom 17. – 22. Dez. 1973 ein. Das Seminar hatte den Titel: „Bauer und Politik“, es kamen dazu 25 Teilnehmer aus mehreren Bundesländern. Ein Zeichen dieser Zeit war es noch, dass kaum Frauen dabei waren. Politik, vor allem Agrarpolitik, war noch weitgehend Sache der Männer. Im letzten Jahrzehnt der Bergbauernvereinigung hat sich dieses Bild sichtlich umgedreht: Nun ist die Vereinigung weitgehend von kritischen Frauen getragen.

Dazu will ich als Beispiel einen Konflikt beschreiben, der sich gleich in den Vorbereitungsmonaten vor dem Gründungsseminar entwickelte. Bei einem geplanten Termin bei Rechtsanwalt Haindl, der die Statuten der Vereinigung vorbereitete, wollte Franz Stummer nicht zulassen, dass die mexikanische Frau meines Kollegen Walter Tausch, Martha, mitkommt. Das gab Ärger, wir wollten solche Ausgrenzungen nicht. Weiters hatte Franz Stummer bei seinem von uns

sehr hoch geschätzten Einsatz und seiner Kompetenz für Bergbauern noch ein sehr hierarchisches Verständnis der Bestimmung und Lenkung von oben. Dieses Verständnis lautete: Wer aus den oberen Führungsebenen der Kammer kommt, hat das Sagen, bestimmt die Richtung, die unteren Ebenen führen diese Vorschläge aus. Beides, die Ablehnung Frauen gegenüber und die Bestimmung von oben gehörten zwar zum gängigen Demokratieverständnis in Kreisen der Bauernpolitik, beides widersprach aber unserem neuen Verständnis von Beteiligung der Betroffenen an den Lösungsansätzen in einer zu gründenden neuen Bewegung. So hatten wir gleich bei der Gründungsvorbereitung unseren tiefgehenden Grundkonflikt, den wir aber positiv bearbeiten und austragen konnten.

Walter Tausch und ich nahmen dann diese Konflikte als Herausforderung an und machten sie zum Inhalt des Programms im Gründungsseminar. So wurden die Teilnehmer in den ersten Seminartagen auf Basis von Impulsreferaten und Fragestellungen von Walter Tausch dazu angeregt, ihre eigenen Erfahrungen, Wünsche und Ideen einzubringen, um daraus eigene Lösungsvorschläge zur bäuerlichen Zukunft zu erarbeiten. Daraus entstand bei den Teilnehmern eine sehr klare Willensbildung mit dem Selbstverständnis: „Wenn wir nun eine neue Vereinigung gründen wollen, dann müssen die politischen Beziehungen sich vom bisherigen Muster der einseitigen Belehrung von oben klar unterscheiden. Wir wollen mitdenken und mitbestimmen.“

Am dritten Seminartag war dann Franz Stummer als Referent über Zukunftsfragen der Bergbauern mit Diskussion eingeplant. Am Abend dieses Tages war die offizielle Vereinsgründung der Bergbauernvereinigung angesetzt. Dazu kam auch der zweite Gründungsproponent für die Vereinsbildung, Hermann Schmiedleitner, ein Bauer aus Rossleiten, extra angereist. Die inhaltlichen Vorschläge von Franz Stummer wurden von den Teilnehmern mit Interesse aufgenommen. Die Diskussion über die Gründungsvorbereitung entwickelte sich dann kontrovers, Franz Stummer konnte sich von seiner Vorstellung, er allein bestimmt jetzt die Richtung, nicht so schnell trennen. Die Teilnehmer brachten eigene Vorstellungen ein und bestanden darauf. Das überforderte Franz Stummer zu dem Zeitpunkt, es kam zu einer Verstimmung, weil die Gruppe seine Vorschläge nicht ungefragt anzunehmen bereit war. Er sah sich stattdessen vielen Wünschen und Vorstellungen von kritischen Bauern ausgesetzt. Das war ihm in dieser Form noch neu und dies musste er noch verarbeiten.

Die unterschiedlichen Erwartungen von Franz Stummer und der Bauerngruppe machten es erstens notwendig, die offenen Fragen noch gründlicher zu bearbeiten und machten es zweitens erforderlich, die Gründung noch einmal zu vertagen. Als Gründungsdatum der Vereinigung wurde dann aber gleich der 25. Jänner 1974 festgelegt. Der letzte Teil des Seminars war einem Kommunikationstraining gewidmet, geleitet von Referent Richard Krön aus

Salzburg. Dies verdichtete nochmals den Wunsch der Teilnehmer, eine neue Form der politischen Arbeit zu beginnen.

Die zweite Gründungsversammlung fand dann am 25.1.1974 problemlos im Bahnhofsrestaurant in Wels mit 23 Bauern und einer Bäuerin unter Mithilfe von Stummer, Tausch und Rohrmoser statt. Inzwischen hatten wir auf beiden Seiten eine breitere Akzeptanz unserer Unterschiedlichkeiten entwickelt. Franz Stummer wurde dank seines enormen Wissens und Engagements in Sachen Bergbauernpolitik sehr geschätzt und er lernte die Eigenwilligkeit vieler Teilnehmer zunehmend schätzen. Es wurde damit eine Gründung, die gleichzeitig von innen, von den Bauern und von außen, von den Gründungshelfern kam. Das war von Anfang an zwar sehr konfliktreich, es war aber auch gleichzeitig sehr produktiv. Auf dieses zweiseitige Bewegungsprinzip wird noch an mehreren Stellen des Artikels näher eingegangen.

Zunächst will ich ein Zitat aus dem ersten Bildungskonzept der Bergbauernvereinigung im Jahr 1974 einbringen:

„Es bedarf einer organisierten Anstrengung, dem Bergbauern eine autonome Gestaltung des Lebens zu ermöglichen, um das Entstehen einer Klasse passiver Almosenempfänger zu vermeiden. Es ist eine Forderung der Zeit, dass die Interessen der Bergbauern von ihnen selbst wahrgenommen und vertreten werden, dass die Funktion der Bergbauern in Wirtschaft und Gesellschaft neu definiert und neue Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden und dass die besonderen Fähigkeiten der Bergbauern ausgeschöpft werden“.

Das war eines der Leitbilder, die wir uns gaben. Wir haben dann auch noch gesagt:

„Unfähigkeit zur Selbstbestimmung sowie Resignation sind immer schon eine Folge von Bevormundung und Unterdrückung. Die Vorstellung, Probleme könnten nur von oben oder von einer starken Führung gelöst werden, sitzt tief in der Bevölkerung. Dies führt zu einer inneren Unterwerfung vor der sogenannten Übermacht der Zustände und bestehenden Einrichtungen.“ (Aus: Paulo Freire, "Pädagogik der Unterdrückten“).

Solche sehr grundsätzliche Sichtweisen wirkten in den damaligen Umfeldbedingungen für viele revolutionär oder komisch. Eine Art Revolution bedeutete dann aus der Sicht der damaligen Bauernvertretung die Form der Gründung der Bergbauernvereinigung an sich. Die Herren in der Hierarchie waren es bislang gewohnt, dass die von der Kath. Landjugend und von der Sozialakademie kommenden und nachwachsenden Führungskräfte sich automatisch in die Reihen des Bauernbundes eingliederten und sich dort unterordneten. Dass hier nun 25 kritische Nachwuchskräfte aus mehreren Bundesländern eine eigenständige Bewegung formierten und dies zusammen mit einem ihrer höheren Beamten aus der Präsidentenkonferenz, nämlich Franz Stummer, taten, verunsicherte viele.

Wir wurden dann u.a. vom damaligen Bauernbunddirektor Sixtus Lanner aufgefordert, uns ihren Vorgaben unterzuordnen. Wir hielten jedoch unsere

eigenständige Linie aufrecht und hielten sie auch durch, doch für viele Mitglieder der neuen Vereinigung begannen schwere Zeiten mit Repressionen in der konkreten Umgebung ihrer dörflichen Strukturen. Für Franz Stummer war der Druck in der Präsidentenkonferenz enorm gestiegen, so dass er entschied, in die Bundesforste zu wechseln.

Diese Art von Bewegung von unten und von innen, gekoppelt mit aktuellen agrarpolitischen Zielsetzungen von oben und außen, hat in Österreich über längere Zeit sehr viel Unruhe und eine enorme „Gegenwehr des Systems“ ausgelöst. Es gab von Anfang an sehr viel Widerstand und sogar Beschimpfungen und Verleumdungen aus den Reihen der bestehenden Bauernvertretung. Das war logisch, denn der Bauernbund der ÖVP war mächtig, mit gut 80% der Bauern hatte er laut Aussage des Politologen Anton Pelinka sogar die größte Organisationsdichte Europas. Seine Arbeit war sehr eindimensional strukturiert, die Direktiven gingen nur von oben aus, eine Eigenbewegung von unten gab es kaum. So hat beispielsweise einer der Bauernbunddirektoren damals quer durchs Land einen Brief an Ortsbauernvertreter geschickt, in dem er vor dieser neuen „kommunistischen Bewegung“ warnte, die dem Bauernbund die Führungskräfte abwerbe.

Das Thema Gemeinwesenarbeit begann im Ringen um ein neues Bewegungsverständnis in der Landjugend

Ich bin im Herbst 1970 als hauptberuflicher Sekretär der Kath. Landjugend der Diözese Salzburg eingestiegen und war dabei Angestellter der Kath. Aktion. Dies erfolgte ein halbes Jahr nach der Rückkehr als Entwicklungshelfer in Brasilien. Aufgrund meiner Auslandserfahrung wurde ich bald von der Zentralführung der gesamtösterreichischen Landjugend als Kontaktperson zur Wahrnehmung der internationalen Kontakte, insbesondere der MIJARC (Internationale Bewegung der Kath. Landjugend mit Büro in Brüssel) nominiert. In der MIJARC, insbesondere in der deutschen Bewegung, gab es anfangs der 70er Jahre einen Prozess der Suche nach einem neuen Selbstverständnis, den ich mit Interesse verfolgte.

Von Seiten des damaligen MIJARC-Büros kam ein starkes Drängen, sich mit zum Teil marxistischen und linken Ideologievorstellungen, die im Rahmen der gesamten 68er Bewegung an Aktualität gewannen, auseinander zusetzen. Das MIJARC-Büro wollte die Landjugendbewegung zu einer linken Bewegung machen. Die Landflucht und das Sterben der Kleinbauern sei ein Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaftsform, wurde analysiert. Die deutsche Landjugendbewegung schlug dann einen eigenen Weg ein, der in Richtung Aktivierung der Betroffenen ging. Man begann in der Bewegung, Methoden der Gemeinwesenarbeit umzusetzen. Dieser Ansatz war es dann, der auch mich, aufbauend auf meinen Erfahrungen als Entwicklungshelfer, faszinierte.

In der Diözese Salzburg machten wir damals die Feststellung, dass in der Kath. Landjugend zunehmend die Bauernjugend fehlte. Die Teilnehmer der

Programme kamen zwar aus dem ländlichen Raum, aber die Burschen und Mädchen von den Bauernhöfen fehlten. Es musste etwas geschehen, um die bäuerlichen Menschen wieder zu erreichen. Somit begann ich nach einem Jahr des Suchens am Ende des Jahres 1971 mit einem neuen Ansatz in der Salzburger Landjugend. Ich veranstaltete ein erstes Seminar für bäuerliche Nachwuchskräfte mit dem Titel „Hat das Land noch Zukunft?“. Wir gestalteten das Seminar mit Methoden der Beteiligung der Betroffenen. Das Seminar wurde für die Anwesenden und für uns als Veranstalter eine ganz neue und sehr positive Erfahrung. Dies motivierte uns alle, daran weiterzuarbeiten.

In der deutschen Landjugendbewegung war damals der Experte Stefan Karlstetter als Berater in Fragen der Gemeinwesenarbeit zur Weiterbildung der Führungskräfte tätig. Nun holte ich Stefan Karlstetter auch zu uns nach Salzburg und dabei entstand das "Projekt Land" als erster Versuch, mit Methoden der Gemeinwesenarbeit tätig zu werden. Als Kath. Landjugend definierten wir Gemeinwesenarbeit damals folgendermaßen:

„Gemeinwesenarbeit ist eine gesamt menschliche Bildung, bei der die sozialen, menschlichen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Menschen als Ganzes gesehen werden. Diese Bildung setzt an bei vordringlichen Problemen. Die Betroffenen werden angeregt, ihre eigenen Probleme zu formulieren, wodurch sie den Beteiligten auch bewusst werden. Dies ist schon ein erster Anstoß zur Lösung, die durch Selbsthilfe der vom Problem Betroffenen erreicht wird.“

Diese problemformulierende Bildungsarbeit wurde von meinen kirchlichen Verantwortlichen nur mit viel Skepsis geduldet. Wir begannen trotz dieser ablehnenden Skepsis mit ganz konkreten Aktivitäten in den einzelnen Bezirken des Salzburger Landes. Es waren Aktivitäten, die nicht nur die Jugend am Land betrafen, sondern die gesamte bäuerliche Bevölkerung. Als erstes Schwerpunktproblem wählten wir das Thema: Überschuldung der Bauern durch unnötigen Maschinenkauf. Als Lösungsansatz zu diesem Problem forcierten wir die Gründung von Maschinenringen in den einzelnen Bezirken. Die Bauernvertretung befand sich in diesem Punkt in einem Interessenskonflikt: Der mit der Bauernvertretung eng verbundene Raiffeisenverband war selber der größte Maschinenverkäufer an die Bauern und profitierte selber am unnötigen Maschinenkauf und an der Verschuldung der Bauern. Es war ein typischer Interessenskonflikt, in dem die eigene Standespolitik infolge ihrer Befangenheit in einen Stillstand geriet. In solchen Konflikten muss jemand von außen eingreifen und das taten wir.

Das Projekt Land startete nun gemeinsam mit dem Kath. Bildungswerk und dem Österr. Sparkassenverband eine gemeinsame Aktion. In großen Informationsveranstaltungen auf Bezirksebene wurde mit dem Gründer der Maschinenringe, Erich Geiersberger aus München, das Problem in breiter Form thematisiert und diskutiert. Bei diesen Informationsveranstaltungen wurden dann sorgfältig interessierte Leute ausgesucht und bei ihrem Wunsch, einen

Maschinenring zu gründen, logistisch unterstützt. Diese Unterstützung reichte von Beratung, organisatorischer Hilfe, Training in der Umsetzung bis zur Reflexion der Abläufe. So kam es in mehreren Bezirken zur Gründung von Maschinen- und Betriebshilferingen, die mittlerweile seit 30 Jahren eine wichtige Arbeit leisten.

Auf Österreichebene der Kath. Landjugend kam es, ausgehend von Salzburg, zur Bildung eines politischen Arbeitskreises, bei dem mehrere Diözesen mitmachten. Auch in anderen Diözesen war das Problem, dass die bäuerlichen Jugendlichen nicht zu den Programmen kamen, sehr aktuell. In den Zentralführungskreisen war aber - ähnlich wie in der Kath. Aktion Salzburgs - die Grundsatzfrage im Vordergrund, ob eine politisierende, aktivierende Tätigkeit überhaupt zur Aufgabe der Kath. Jugend gehört. Zu dieser Zeit war eine meditative und spirituelle Linie im Programm der Landjugend vorherrschend. Dies war zwar bedürfnisbezogen, aber nicht problembezogen und ging weitgehend an der Lebensrealität der Menschen vorbei.

In der zum Teil heftig geführten Diskussion über diese unterschiedlichen Ansätze auf Österreichebene entstand zeitweise eine Spaltung in zwei Bereiche: Hier der bewusstseinsbildende, aktionsbezogene Ansatz, dort der religiös-spirituelle, meditative Ansatz. Das Ergebnis war, dass ein relativ kleiner Teil dem aktionsbezogenen Ansatz folgte und im politischen Arbeitskreis mitmachte. Aus diesem Arbeitskreis entstand dann schließlich in Zusammenarbeit mit der Sozialakademie in Wien die oben beschriebene Gründung der Bergbauernvereinigung. Immerhin waren drei der 26 Gründungsmitglieder hauptamtliche Diözesansekretäre der Landjugend (Hans Glatz/Graz, Hans Gradl/Linz, Franz Rohrmoser/Salzburg) und diese motivierten ihre Mitarbeiter.

„Bildung ist nie neutral“ sagte Paulo Freire aus seinen brasilianischen Erfahrungen. Aus der Schilderung dieser Abläufe sieht man, dass dieser Satz auch bei uns sehr real war. Der problem- und veränderungsbezogene Ansatz löste allerorts viele Widerstände aus. Ein Teil meiner Dienstverantwortlichen in der Kath. Aktion in Salzburg suchten in den Jahren 1972/73 ständig nach einem Grund, die Kündigung meines Dienstverhältnisses durchzusetzen. Sie kamen beim anderen Teil des Gremiums, der mein Programm schätzte, aber nicht durch. Es blieb aber die ganze Zeit aufreibend und anstrengend, bis ich im Nov. 1973 selber die Kündigung einreichte.

Inhaltliche Schwerpunkte der Bergbauernvereinigung in den 70er Jahren

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden im folgenden wichtige Schwerpunkte, Aktionsbereiche und Projekte der Bergbauernvereinigung in ihren ersten sieben Jahren beschrieben. In diesen ersten Jahren war ich Geschäftsführer der Vereinigung und für die Abläufe und interne Kommunikation zuständig. Ein besonderer Stellenwert – wie in den Punkten ersichtlich wird – wurde der fächer- und bereichsübergreifenden

Zusammenarbeit gewidmet. Die Prinzipien der Gemeinwesenarbeit werden darin ersichtlich.

1. Wir haben das Kernthema und Gründungsmotiv „Die Klein- und Bergbauern sind politisch schlecht vertreten“, sehr stark mit Betroffenen diskutiert und diese Frage auch öffentlich in die Diskussion gebracht. Die Kath. Sozialakademie erarbeitete eine Broschüre zum Bergbauernproblem und Kardinal König stellte die Broschüre als Vertreter der Gesamtkirche persönlich vor. Das verunsicherte die traditionelle Bauernvertretung. Es bewirkte, dass die Bergbauernvertreter in der Landwirtschaftskammer nun versuchten, die Bergbauernfrage selber zu thematisieren und so wieder an sich zu ziehen. Unabhängig davon hat sich auch Bundeskanzler Kreisky zunehmend dem Bergbauernthema zugewandt und Direktzahlungen an Bergbauern eingeführt. Die Bauernvertretung geriet dabei unter politischen Druck.
2. Wir waren der Meinung, dass kleinere und mittlere Bauern ein kombiniertes Einkommen brauchen, dass ihr Einkommen aus mehreren Bereichen wie z.B. Zuerwerb, Nebenerwerb, Beiträge zur Infrastruktur bis zu Direktzuschüssen bestehen muss. Wir sagten, es muss eine positive Partnerschaft zwischen Voll-, Zu- und Nebenerwerb geben. Wir waren gegen die „Abwürgepolitik“ von Kleinbauern, bzw. gegen das sogenannte „Wachsen und Weichen“ und wir versuchten, alternative Einkommensmöglichkeiten und neue Produkte zu entwickeln.
3. Wir haben bereits in den ersten Jahren mit konkreten Projekten begonnen. Insbesondere befassten wir uns mit dem überbetrieblichen Einsatz von Maschinen und der regionalen Organisation und Gründung von Maschinenringen. Aktionsgruppen zur Gründung von Maschinenringen erhielten beratende Unterstützung. Wir sahen, dass Bauern überdurchschnittlich viel Technik kaufen und sich übermäßig verschulden. Es schien uns, dass sie untereinander konkurrieren, wer die meiste Technik besitzt, um damit ein schlechtes Selbstbewusstsein zu kompensieren. Wir hatten formuliert: Man kann auch damit verdienen, dass man einspart. Mit diesen Selbsthilfeprojekten begannen auch die Auseinandersetzungen mit der Raiffeisen-Organisation, die ihre Interessen in Bezug auf Maschinenverkauf bedroht sah.
4. Weiters nahmen wir bereits in den ersten Jahren das Thema „Betriebswirtschaftliches Rechnen und Kalkulation“ in Angriff. Das österreichische Buchführungssystem der Bauern war nur für die Statistik entwickelt worden und damit untauglich für die konkrete Kalkulation der Betriebe. Dies sagte der versierte Betriebswirtschaftler Karl Bochsichler von der Universität für Bodenkultur in Wien. Karl Bochsichler entwickelte eine praxisnahe Kostenträgerrechnung für Bauern und machte Kurse mit Bauern zur Erstellung von ganz konkreten Entscheidungsgrundlagen in den

Betrieben. Wir traten damit gegen die Parole: „Der Bauer braucht nicht zu rechnen“ an. Diese Einstellung des „Nichtkalkulierens“ war in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft im Kern völlig systemwidrig und viele Bauern verspielten mit solchen Parolen ihr wenig Geld.

5. Ab 1976 begannen wir darüber zu diskutieren, dass wir verlorene Funktionen der Verarbeitung und der Vermarktung für die einzelnen Bauern zurückgewinnen wollen. Die Genossenschaften hatten seit 25 Jahren den Bauern diese Funktion vollständig abgenommen. Wir gingen zunächst theoretisch von der Analyse des Friedensforschers J. Galtung/Oslo aus, der die Spaltung von bevorzugten Zentren und benachteiligten Peripherien beschrieb. Galtung sagte: „Wer nur Rohstoffe herstellt, verarmt.“ Dies trifft in jedem Fall auf die kleineren Bauern und im verstärkten Maße generell auf die Bauern in Randregionen zu. Diese Sichtweise führte schließlich zu der Frage: Kann man mehr Wertschöpfung in Randregionen durch Zurückgewinnung von Verarbeitungs- und Vermarktungsfunktionen erreichen? Somit begann ab 1977 die Vorbereitung des später bekannt gewordenen Programms der „Eigenständigen Regionalentwicklung“. Für diese neue Konzeption der Regionalpolitik interessierte sich der damalige Bundeskanzler Kreisky persönlich. Er ließ uns und unsere Wissenschaftler gemeinsam mit seinen Beamten ein neues Sonderförderungskonzept ausarbeiten. Ein wesentlicher Punkt in diesen Konzeptionen war die damals bereits aktuell gewordene Diskussion des ökologischen Landbaus.
6. Es gab laufend und wiederholte kritische Reflexionen und Auseinandersetzungen mit dem Selbstverständnis der Bauern in der Gesellschaft. Wir befassten uns von Anfang an mit der Frage der neuen Rollen der Bergbauern in der modernen Gesellschaft im Wandel der Zeit. Politisch traten wir für flächen- oder betriebsbezogene Direktzahlungen an Bergbauern ein, die eine direkte Abgeltung von Leistungen darstellen, die nicht über Produktpreise alleine realisierbar sind.
7. Wir befassten uns viel mit Bildung und Kultur. Wesentlich für uns war auch die ständige Einbeziehung von sozialen, lebensbezogenen und auch psychologischen Themen. Wir machten Untersuchungen und politischen Druck für eine bessere soziale Absicherung, insbesondere der schlecht gestellten Bäuerinnen bei der Rentenfrage, etc. Mit Unterstützung eines Psychologen begannen wir auch die menschlichen Fragen zu diskutieren. Wenn zum Beispiel eine Frau in einen Bauernhof einheiratet, ist sehr oft der Hoferbe psychologisch gesehen noch sehr an die Mutter gebunden und ihr hörig. Das ist ihm natürlich in der Regel nicht bewusst. Die zugeheiratete Frau gerät dabei in der zumeist engen Wohn- und Wirtschaftssituation gemeinsam mit den Alten in schier unlösbare Probleme, sie kommt sich vor wie das fünfte Rad am Wagen. Wir haben auch versucht, über das Patriarchat auf Bauernhöfen und die oft unausgesprochenen Milieuzwänge oder über die

Rolle der Frauen zu sprechen. Anfangs der 70er Jahre publizierte Franz Innerhofer seinen Roman „Schöne Tage“, in dem er seine Lebensgeschichte als Leibeigener eines Bauern im Pinzgau betroffenmachend beschreibt. Dies wurde in der Bauernführung als Nestbeschmutzung abgelehnt. Wir luden Franz Innerhofer zu Lesungen bei Seminaren ein und viele fühlten sich dabei in ihren persönlichen Familien- und Milieuerfahrungen verstanden. So versuchten wir das Politische und das Persönliche miteinander zu verbinden und darüber zu sprechen.

8. Ein wesentlicher Punkt unseres und vor allem auch meines persönlichen Selbstverständnisses war die Verbindung der Praxis mit Wissenschaft, Behörden und Politik. Wir sagten: Der Bauer hat ein Praxiswissen, wenn er dieses Wissen mit seinesgleichen austauscht, sich hinterfragen lässt und dazu wissenschaftliches Wissen und Erfahrungen von Behörden und Politik im Dialog mit diesen einbezieht, entstehen wichtige neue Erkenntnisse für alle Beteiligten. Wenn dann solche Erkenntnisse durch Projekte in die Praxis umgesetzt werden, entstehen zudem noch gemeinsam erworbene neue Erfahrungen. Wir sahen wirklich: Wenn man diesen Vorgang realisiert, passiert etwas Neues. Die Kunst liegt in der Führung des Dialoges. Dieser Wissens- und Praxisprozess von „unten“ und von „oben“ hatte natürlich auch viel Bewegung ausgelöst, Gegner auf den Plan gerufen, aber auch das Interesse von aufgeschlossenen Politikern und Behörden geweckt. Bereits im dritten Jahr wurde unser Einfluss auf die Agrar- und Regionalpolitik, auf Gesetzesentwürfe etc. deutlich, obwohl die Gruppe noch relativ klein war. Die mit der Bewegung eng verbundenen wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen jener Jahre waren Günter Scheer als Politologe, Josef Krammer als Agrarsoziologe, Luise Fornleitner als Juristin für Sozialfragen. Alle drei hatten einen eigenen Forschungsauftrag am Institut für Höhere Studien in Wien zur Untersuchung des österreichischen Agrarsystems. Sie hatten damit einen eigenen Status, der durch die Verbindung mit der Bauernbewegung einen regen Austausch ermöglichte. Mehrere gut informierte Bauern der Bergbauernvereinigung wurden interessante und für die Bauernführung gefürchtete Diskussionsredner in Versammlungen. Sie hatten eine bessere und genauere Information als viele regionale Funktionäre in den hierarchischen Organisationen.
9. Ab 1979 begannen wir mit der Direktvermarktung von Bauernprodukten, insbesondere auch von Bioprodukten, dies wurde für die weiteren Jahre ein großer Aktionsbereich. Bei einer Großveranstaltung mit Zeltaufbau mitten im ersten Bezirk in Wien mit dem Motto: „Bergbauern gehen neue Wege und suchen neue Verbündete“ wurde dieses Thema mit viel Aufsehen und Medienwirksamkeit öffentlich vorgestellt, diskutiert und in die Wege geleitet. Viele Konsumenten und Konsumentenvertreter reagierten mit großem Interesse auf diese Fragestellung. Eine der ersten Aktionen der Direktvermarktung begann mit der Waldviertler Gruppe BERSTA (Berg-

Stadt), die der Erwachsenenbildner Dr. Anton Rohrmoser mit dem Bauern Hans Hörth in die Wege leitete. Die BERSTA eröffnete einen ersten Laden in Wien und in Linz folgte abs bald die MÜLI, eine Kooperation Mühlviertel-Linz.

Zusammenfassend gesehen kam insgesamt viel Diskussion in Gang, es gab Einfluss auf die Politik. Auf der Regionalebene wurden viele der damaligen Führungskräfte der Bergbauernvereinigung zu Trägern von neuen, innovativen Entwicklungen. Z. B. wurde August Steyr/Mühlviertel neben seiner langjährigen Tätigkeit in der Bergbauernvereinigung ein Promotor für Bio-Landbau und für Direktvermarktung. Sepp Amerstorfer und Hans Gahleitner/Mühlviertel gründeten die Bio-Organisation „Erde und Saat“ und wurden zur Drehscheibe für viele regionale Initiativen. Hans Felbauer/Bez. Steyr blieb ein nachhaltiger Verfechter für eine bäuerlich-ökologische Agrarpolitik. Robert Zehentner/Pinzgau baute Maschinenringe auf, gründete ab 1979 die bekannte Tauernlamm-Genossenschaft und wurde Landtagsabgeordneter der Sozialdemokraten. Richard Hubmann/Oststeiermark wurde zum fundierten, agrarpolitischen Referenten bei den Grünen. Viele weitere aktive Mitglieder der Vereinigung – die hier nicht namentlich genannt werden - engagierten sich in Projekten der Regionalentwicklung, des Bio-Landbaus und der Direktvermarktung.

Auf Bundesebene wurde 1979 auf Antrag der Bergbauernvereinigung beim Landwirtschaftsministerium die Gründung einer Forschungsanstalt für Bergbauern erreicht, die sich zur „Bundesanstalt für Bergbauernfragen“ weiterentwickelte. Josef Krammer war von Beginn an Leiter des Institutes und baute es zu einer renommierten Bundesanstalt aus.

1978 gründete die Bergbauernvereinigung unter Mitwirkung von Günter Scheer den „Bergland-Aktionsfonds (BAF)“. Seine Aufgaben waren Informationsarbeit, wissenschaftliche Studien und praktische Modellprojekte für eine neue Regionalentwicklung. 1979 wurde vom Bundeskanzleramt unter Mitwirkung von Regionalplanern des Bundes, der ÖBV und des BAF eine „Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume“ als Starthilfe für neuartige Wirtschaftsprojekte ins Leben gerufen. 1981 schuf der BAF die Voraussetzungen für den Einsatz von Regionalbetreuern. Die Aufgabe der Regionalbetreuer war die Beratung von innovativen Kooperationsprojekten in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Kultur. Durch einen Zusammenschluß von Regionalvereinen wurde 1983 die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) gegründet. Die konzeptionelle und organisatorische Weiterentwicklung des bekannten und erfolgreichen Programmes der Eigenständigen Regionalentwicklung ausgehend von den Ansätzen der ÖBV erfolgte nun wesentlich von Günter Scheer (Geschäftsführer der ÖAR) und Anton Rohrmoser (Obmann der ÖAR und Regionalbetreuer im Waldviertel).

Mehrere Freunde und auch Mitglieder der Bergbauernvereinigung engagierten sich mit Beginn der 80er Jahre bei der Gründung der „Grünen“ Partei. Vieles vom Ansatz, den Inhalten sowie den demokratiepolitischen Ansprüchen der Bergbauernvereinigung ist später ein Teil des Programms der Grünen geworden. Eine weitere Gemeinsamkeit der Bergbauernvereinigung mit den Grünen in ihren Anfangsjahren ist bei uns ab dem Jahr 1979 sichtbar geworden: Es gab mehrmals heftige interne Konfliktsituationen, die wir schwer zu bewältigen in der Lage waren. Dies brachte das Aktionsprogramm zeitweise zwischendurch zum Stillstand. Ich selber stieg aus eigener Entscheidung im September 1980 wegen eines heftigen Konfliktes in der Bergbauernvereinigung als Geschäftsführer aus und begann mit dem Aufbau der Firma Chico-Hängematten. Ich habe mich aber mit dem Thema Konflikte in den Jahren danach schon aus eigenem Interesse weiter beschäftigt und will hier im nächsten Punkt einige Abläufe reflektieren.

Theoretische Überlegungen über Probleme und Konflikte in der Bewegungsarbeit

Zunächst will ich zu den normalen Alltagskonflikten einer Bewegung einige immer wiederkehrende Mechanismen beschreiben:

1. Ein bekannter schwieriger Punkt ist einerseits die ständige Überlastung der wenigen Aktiven, die einen Veränderungsprozess in einer Region tragen. Sie müssen laufend die harte „Gegenwehr des Systems“ in ihrem lokalen Umfeld aushalten, dazu gehören Diffamierungen, Ausgrenzung als Sonderlinge bis zu Nachteilen in Karrierefragen in der normalen Hierarchie. Daneben befindet sich die große Zahl der passiv abwartenden Interessierten, die sich in den unsicheren Entwicklungszeiten aus Angst nicht persönlich auf Veränderungsprozesse einlassen und dort hingehen, wo es gerade opportun ist. Sie sind erst da, wenn die Aktion Erfolge bringt.
2. Die „Gegenwehr des Systems“ bestand in der Regel darin, dass von vielen Vertretern des Agrarsystems und der Regionalpolitik Inhalte und innovative Projekte zunächst entweder totgeschwiegen oder mit verschiedenen Methoden mehr oder weniger aggressiv bekämpft wurden. Setzten sich dann trotzdem Projekte erfolgreich durch, wendete sich das Blatt und diese vorher diffamierten Innovationen wurden plötzlich freundlich begrüßt und relativ bald von den vorherigen Gegnern als die eigenen Gedanken und Leistungen verkauft. Nicht selten werden dann in einem dritten Vorgang die innovativen Anteile von den ursprünglichen Pionierpersonen getrennt und abgespalten: Das innovative Element wird in die alte Struktur vereinnahmt, der innovative Pionier wird oft ausgegrenzt. Das Agrarsystem ging lange Zeit, und meiner Meinung nach bis heute, sehr destruktiv und auch selbstschädigend mit seinen innovativen Menschen und Gruppen um.

3. Ein weiterer wichtiger Punkt war besonders am Anfang der Bewegung das eigene Unterschätzen von Neuentwicklungen und die zeitweise noch fehlende Professionalität. Wir begannen z.B. mit Selbstvermarktung und sofort begannen auch die Probleme. Wir führten damals bei neugegründeten Projekten theoretisch das idealisierte Prinzip der Selbstverwaltung ein und hatten die menschlichen Fähigkeiten dazu überschätzt. Solche Projekte endeten manchmal im Streit um ungeklärte Führungsrollen. Einige dieser Prozesse mussten zurückgenommen werden, weil sie auf Idealen und nicht auf Realität aufgebaut waren. Die Bewegung wurde auch Anziehungspunkt für Leute, die sich diesen alternativen Idealen anschlossen, ohne den nötigen Praxishintergrund zu haben. Da sind auch viele Menschen mit gutem Willen gescheitert, andere sind gewachsen. Weiters waren die geschichtlichen Barrieren zwischen Konsumenten und Bauern zum Teil so groß, dass sich gute Handlungs-Beziehungen nicht so ohne weiteres aufbauen ließen.
4. Es gab in der Bewegung zunehmend Polarisierungen, Verengungen und die Bildung von Feindbildern, z.B. beanspruchten einige Kleinbauern plötzlich die Sprecherrolle für Bergbauern allein für sich. Die etwas besser gestellten Bauern dürften nicht für sie politisch die Interessen vertreten, obwohl es längst Erfahrungen gab, dass einige der stärkeren Bauern mit mehr politischer Durchsetzungsfähigkeit die Interessen aller im Sinne einer bäuerlichen Zukunft im Auge hatten. Es hat sich herausgestellt, dass sich die Ärmsten in der Regel am wenigsten selbst vertreten, auch nicht nach längerer Bildungsarbeit. In der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Bauern traten an Stelle des Dialoges wieder neue Herr-Knecht-Verhältnisse auf, Bauern entwickelten wieder altes Misstrauen gegenüber den Beratern von außen und Berater und Wissenschaftler hatten umgekehrt wieder Misstrauen gegen Bauern. Es gab wieder Ausgrenzungsdiskussionen aus einer unreflektierten Verengung und Angst. Das von Anfang an vorhandene Prinzip, gleichzeitig von oben und von unten zu arbeiten, geriet zwischendurch wieder ins Wanken, eine übertriebene „Basis-Selbstrettungs-Phantasie“ nahm anstelle von Beziehungs- und Kooperationsfähigkeit überhand.

Zusammenfassend gesehen kannten wir zu wenig unsere menschlichen und psychischen Grenzen, wir wussten zu wenig darüber, dass - im Sinne von Bauriedl/München - „das Persönliche politisch, und das Politische persönlich ist“. Wo die menschliche und psychische Entwicklung zurückbleibt, fällt auch eine Veränderungs- und Widerstandsbewegung wieder zurück. Zu diesen Grenzen möchte ich noch einige Gedanken zur Analyse unserer Beziehungen einbringen.

Anmerkung: Weitere Informationen über Konfliktbearbeitung siehe Broschüre "Erschließung neuer Formen der Konfliktbearbeitung in bäuerlichen Strukturfragen" (Projektbericht Franz Rohrmoser, Kuchl-April 2001)

Zwei Verständnisse von Veränderung und Beziehung

Das erste Verständnis geht davon aus, dass die Verhältnisse und die Geschichte komplett neu geschaffen werden müssen, man will nicht auf Bestehendem aufbauen. Symbolisch gesehen müssen die „Väter und Mütter“ der bisherigen Entwicklung umgebracht werden. Besonders bekannt ist diese Verhaltensweise z. B. bei Entwicklungsprojekten: Da baut ein Akteur, ein Entwicklungshelfer oder ein Team etwas über Jahre mühsam auf. Dann kommt ein Wechsel, neue Personen mit neuen Ideen, und diese Neuen meinen, sie müssen wieder alles von vorne beginnen. Das Leben muss scheinbar immer wieder neu erschaffen werden. Die bisherigen Ergebnisse und die bisherigen Personen werden entwertet, abgewertet und somit symbolisch gesehen vernichtet. Dieses Verständnis, das mit Zerstörung des Bisherigen beginnt, ist sehr gewalttätig und destruktiv. Die Beziehungsform, die diesem Denken zugrunde liegt, ist ausschließend und polarisierend, sie heißt: „Ich oder du“.

Das zweite Verständnis, das aus dieser Sackgasse herausführen kann, geht vom Wissen aus, dass man Leben und lebendige Prozesse nicht erschaffen, bzw. nicht machen kann. Man kann lebendige Prozesse nur entdecken und fördern. Auch vieles was uns als krank und unvollkommen erscheint, hat oft eine lebensstützende Funktion. Es geht also um das Verstehen der Situation wie sie ist, um darauf aufzubauen. Ernsthaft begonnene Projekte der Vorgänger, der bisherigen „Väter und Mütter“ werden - soweit es geht - positiv weiterentwickelt. Konflikte die dabei naturgemäß auftreten, werden konstruktiv bearbeitet und ausgetragen. Diese andere Beziehungsform ist dem Dialog verpflichtet und heißt: „Ich und Du“.

Im ersten Verständnis fehlt die notwendige Bescheidenheit, man weiß nicht, dass lebendige Prozesse nicht erschaffen werden können. Diese fehlende Bescheidenheit bestimmt die Beziehungsform: Statt Dialog und Zusammenarbeit zu suchen, werden bisherige Entwicklungen aus einem unreflektierten Größenwahn heraus verunglimpft und die Akteure entwertet. Die Anwendung von Methoden der Gemeinwesenarbeit allein, ohne die Reflexion dieser unterschiedlichen Beziehungsformen reicht nicht aus. Ich lernte Fachleute im Bereich der Gemeinwesenarbeit kennen, die sehr destruktiv und gewaltbereit im Sinne des ersten Veränderungsprinzips gedacht und gearbeitet haben und es gab demzufolge auch viele destruktive Konflikte. In den ersten Jahren der Bergbauernvereinigung hat uns die kritische Reflexion über diese unterschiedlichen Beziehungsformen noch gefehlt.

Zwei Verständnisse von Widerstand

Wenn wir von Widerstand sprechen, meinen wir damit meistens „Druck machen“, wir sprechen vom Druck von „unten“, bzw. vom Druck, den politische Gruppen ausüben wollen, um sich etwa gegen zerstörende Maßnahmen und Techniken zu stellen oder auch um sich für die Erhaltung bestimmter Lebensgrundlagen einzusetzen.

Ein zweites Verständnis von Widerstand ist noch weniger bekannt, ist jedoch in den politischen Veränderungsprozessen gleich wichtig. Dieses zweite Verständnis von Widerstand setzt an bei der Kündigung von Loyalität oder anders gesagt, bei der Auflösung des automatischen Einverständnisses mit dem bisherigen Zustand bzw. mit der Beendigung der eigenen Beteiligung an der Erhaltung des Zustandes. Diese Abnahme der Loyalität geschieht über Bewusstseinsbildung, über Aufarbeitung und Reflexion der Abhängigkeiten und mit innerer Neuorientierung. In meinen mehrjährigen Beobachtungen der bäuerlichen Konfliktodynamik sah ich deutlich, dass gerade dieser zweite Ansatz des Widerstandes noch zu wenig Beachtung findet und dass hier noch ungenutzte Möglichkeiten stecken. Noch immer wählen viele Bäuerinnen und Bauern aus Gründen der Abhängigkeit, aus Gründen mangelnder eigener Meinungsbildung ihre „sozialen Gegner“ zu Interessenvertretern. Schwächere, die mit den Stärkeren ungetrennt verbunden und mit ihnen identifiziert sind, wissen in der Regel nicht, dass diese bewunderten Stärkeren umgekehrt auch von ihnen abhängig sind.

Eine einseitige Verstärkung des Druckes im Sinne des ersten Verständnisses führt sehr leicht zu Verhärtungen in den Beziehungen, zu Blockierungen und Polarisierungen in den Diskussionen. Ein „Überdruck“ kann sehr rasch in eine destruktive Richtung wirken oder zu einer Eskalation führen. Es ist daher bei Veränderungsprozessen notwendig, auch im Sinne des zweiten Verständnisses, etwa durch Abbau der Loyalität, zu arbeiten. Das entkrampft den Druck und ermöglicht eine konstruktive Konfliktbearbeitung. Gerade bei sehr komplexen Veränderungen in Verbindung mit großen Existenzängsten nehmen irrationale Bindungen und Loyalitäten eher zu als ab oder es kommt rasch zu Schuldzuweisungen, zu Hetzerei gegen die anderen oder gegen die Politik als Ganzes.

Dazu sollten wir die Konfliktodynamik genauer ansehen. Immer wenn wir in unseren Tätigkeiten in Konflikte geraten, wenn der Druck, die Spannung oder der Widerstand steigt, neigen wir in unseren aufkommenden Ängsten automatisch und unbewusst zur Bildung von Feindbildern, es kommt zur Suche eines Schuldigen, und/oder zur Abwertung des Gegenübers. Dies dient der Stabilisierung der eigenen Ängste und der eigenen Unsicherheiten. Wir sind in unseren Aktionen manchmal dieser realen Konfliktodynamik nicht gewachsen.

Gerade in hierarchischen Strukturen des bäuerlichen Bereiches braucht es zunächst immer viel Mut und Wissen, wenn man gegen die vielfach übermächtig wirkenden Strukturen einen Widerstand in die Wege leiten will, es braucht Mut, eigene Wege zu gehen. So war es auch in den Anfängen der Bergbauernvereinigung. Es brauchte Mut, eine eigene Meinung in großen Bauernversammlungen zu sagen. Ein Widerstand gegen die herrschende Meinung war in vielen Bereichen überhaupt nicht üblich. Wo nun zuwenig Erfahrung im Umgang mit Konflikten vorhanden ist, werden jene Personen, die Probleme aufzeigen beschuldigt, sie hätten jene Probleme, die sie ansprechen

selber geschaffen. Gleichzeitig brachte das „sich Einmischen“, das Auftreten in großen Versammlungen Applaus und Anerkennung. Diese Anerkennung verführte uns nun zur Lust auf das Dreinschlagen verbunden mit Abwertung des Gegenübers und verbunden mit Selbst-Erhöhung der eigenen Gruppe. Weil zuwenig eingeübte Konfliktbearbeitung vorhanden war, rutschten wir aus Prestigegewinn leicht in dieses Dilemma. Anders gesagt, diente dies zur Stabilisierung unserer eigenen persönlichen Unsicherheiten. Wenn dies passiert, geht es dann nicht mehr um die Sache, nicht mehr um Problemlösung. Eine Beschuldigung anderer oder auch eine Selbstbeschuldigung stabilisiert den „Status quo“. Es stabilisiert also genau jenen Zustand und jenes System, das man angreift (Bauriedl).

Hinterfragen der Arroganz als Basis für bessere Beziehungen

Eine Bewegung sollte die Veränderungskräfte von oben (Politik, Behörden) und die von unten (Basis) miteinander verbinden. Dies ist uns in der Bergbauernvereinigung zeitweise gut gelungen. Es ist schon länger eine bekannte Tatsache, dass Programme, die nur von oben und außen kommen, nicht wirklich funktionieren. Ich sehe aber auch - und das ist eine wichtige These von mir - dass Basisbewegungen alleine von unten, ohne Unterstützung von oben und außen, die Probleme selten gut lösen können. Jeder der beiden Bereiche bzw. der beiden Pole ist auf die andere Seite angewiesen. Es bedarf einer Hinterfragung der Arroganz von Institutionen, die Probleme alleine von oben lösen wollen, genauso braucht es eine Hinterfragung der Arroganz von Basisbewegungen, die dasselbe von unten versuchen.

Der wesentliche Punkt ist nun, diesen Dialog zwischen beiden Ebenen konstruktiv zu führen. Dieser Dialog ist als ständiges Spannungsfeld mit vielen Konflikten zu sehen, die produktiv sein können. Diese Spannungen und Konflikte müssen angenommen, verstanden und aufgearbeitet werden. Solange eine Bewegung gegen etwas kämpft, ist es noch leichter, mit einer feindbildorientierten Haltung etwas zu erreichen: Die anderen, das sind unsere Gegner. Solch einfache Bilder geben zunächst Stabilität, da kann man die aufkommenden Ängste und Konflikte leichter nach außen abschieben. Sobald es aber um den Aufbau von neuen Entwicklungen und das Durchtragen dieser Entwicklungen geht, bedarf es eines viel reiferen Umganges mit Konflikten und Ängsten. Man kann sie nicht mehr nach außen abschieben, man hat diese Konflikte nun bei sich selbst, in der eigenen Person und in der eigenen Gruppe. Und hier ist so mancher große Aktivist gefragt, ob er fähig ist, sich im dialogischen Prozess zu engagieren. Man muss sich nun auch mit den eigenen destruktiven Anteilen und mit jenen der Gegner auseinandersetzen und versuchen, sie zu bewältigen, indem man laufend die auftretenden Konflikte bearbeitet.

Es geht auch darum, unbedachte Unabhängigkeitsgefühle zu reflektieren und ja zu sagen zu einer positiv verstandenen gegenseitigen Abhängigkeit. Wer weiß,

dass er die anderen braucht, bemüht sich um eine Verbesserung der Beziehungen zu diesen anderen. In besseren Beziehungen geht es uns allen besser.

Franz Rohrmoser

Geboren 1943 auf einem Bergbauernhof im Salzburger Innergebirge. Handwerkliche Tätigkeiten. Entwicklungshilfearbeit in Brasilien und in Westafrika. Einstieg in die Landjugendarbeit und Aufbau der Österr. Bergbauernvereinigung. Aufbau der Firma Chico-Hängematten und Mitarbeit bis heute. Weiterbildung in Fragen der Konfliktbearbeitung bei Thea Bauriedl am Institut für Politische Psychoanalyse in München.